

Bitte beachten:
Rechtlich verbindlich ist ausschließlich der amtliche,
im offiziellen Amtsblatt veröffentlichte Text.

Studien- und Prüfungsordnung
für den Masterstudiengang
„Business Administration“
an der Universität Passau

Vom 6. August 2008

in der Fassung der Änderungssatzung vom 22. Dezember 2014

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 43 Abs. 5 Satz 5, Art. 58 Abs. 1 Satz 1, Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Passau folgende Satzung:

Studien- und Prüfungsordnung

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Ziele des Masterstudiengangs und Zweck der Prüfung
- § 2 Mastergrad
- § 3 Qualifikation
- § 4 Dauer und Gliederung des Master-Studiums
- § 5 Umfang der Masterprüfung
- § 6 Prüfungskommission
- § 7 Prüfer und Prüferinnen, Beisitzer und Beisitzerinnen
- § 8 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht
- § 9 Anmeldung und Zulassung zur Masterprüfung
- § 10 Studienleistungen und Prüfungen
- § 11 Punktekontensystem
- § 12 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 13 Schutzbestimmungen und Fristberechnung
- § 14 Durchführung der Prüfungen
- § 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Prüfungsmängel
- § 16 Besondere Regelungen für Studierende mit Behinderung
- § 17 Masterarbeit
- § 18 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 19 Nichtbestehen und Wiederholung der Masterprüfung
- § 20 Bestehen der Prüfung und Prüfungsgesamtnote
- § 21 Endgültiges Nichtbestehen der Masterprüfung
- § 22 Ungültigkeit der Prüfung
- § 23 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 24 Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement
- § 25 Zusatzqualifikationen

II. Abschnitt: Besondere Bestimmungen zu Prüfungsleistungen, Gebieten und Schwerpunkten

- § 26 Studienbegleitende Prüfungen

- § 27 Gebiete
- § 28 Gebiet „Methoden“
- § 29 Gebiet „Accounting, Finance and Taxation“
- § 30 Gebiet „International Management and Marketing“
- § 31 Gebiet „Wirtschaftsinformatik / Information Systems“

III. Abschnitt: Schlussbestimmungen

- § 32 Zeitpunkt des Inkrafttretens

Anlage I: Umrechnung von Noten

Anlage II: Verfahren zur Feststellung der studiengangspezifischen Eignung (Eignungsverfahren) für den Masterstudiengang "Business Administration" an der Universität Passau

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Ziele des Masterstudiengangs und Zweck der Prüfung

(1) Im Rahmen des Masterstudiengangs „Business Administration“ sollen den Studierenden gründliche fachliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermittelt werden, dass sie befähigt sind, wirtschaftliche, insbesondere betriebswirtschaftliche Probleme mit wissenschaftlichen Methoden selbständig zu bearbeiten.

(2) ¹Die Masterprüfung bildet den Abschluss des konsekutiven Masterstudiengangs „Business Administration“. ²Durch sie soll festgestellt werden, ob der oder die Studierende weitere, für die Berufspraxis notwendige, gründliche Fachkenntnisse erworben hat, ob er oder sie die Zusammenhänge seines oder ihres Faches überblickt und die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten.

(3) ¹Im Masterstudiengang „Business Administration“ können folgende Studienschwerpunkte gewählt werden: „Accounting, Finance and Taxation“, „International Management and Marketing“ und „Wirtschaftsinformatik / Information Systems“. ²Auf Antrag wird der gewählte Studienschwerpunkt im Zeugnis vermerkt. ³Der Masterstudiengang „Business Administration“ kann auch ohne Festlegung auf einen Studienschwerpunkt abgeschlossen werden.

§ 2 Mastergrad

¹Nach bestandener Masterprüfung wird der akademische Grad „Master of Science“ (M.Sc.) verliehen. ²Dieser kann mit dem Hochschulzusatz „(Univ. Passau)“ geführt werden. ³Der Hochschulzusatz wird nicht Bestandteil des akademischen Grades.

§ 3 Qualifikation

(1) Die Qualifikation für den Masterstudiengang wird nachgewiesen durch:

1. einen überdurchschnittlichen Hochschulabschluss (Bachelor, Magister, Diplom, Staatsexamen) an einer Hochschule des In- oder Auslands auf der Grundlage eines mindestens dreijährigen Studiums der Wirtschaftswissenschaften oder einen gleichwertigen Abschluss, welcher einen wirtschaftswissenschaftlichen Anteil im Umfang von 60 ECTS Leistungspunkten oder einen vergleichbaren Umfang aufweist. Von diesen 60 ECTS Leistungspunkten müssen mindestens zehn ECTS Leistungspunkte im Bereich wirtschaftswissenschaftlicher Methoden erbracht sein. Hierzu gehören Veranstaltungen, die Kenntnisse in Datenerhebung, Datenauswertung, Mathematik, Softwareentwicklung oder Statistik vermitteln. Ein überdurchschnittlicher Abschluss ist immer dann gegeben, wenn der Bewerber oder die Bewerberin die Gesamtnote „2,3“ oder besser erreicht hat;
2. die Erbringung des Nachweises der studiengangspezifischen Eignung (Feststellung der Eignung) nach Art. 43 Abs. 5 Satz 2 BayHSchG gemäß Anlage II;

3. adäquate Kenntnisse der englischen Sprache auf dem Niveau von UNICert® II oder Stufe B2 des Europäischen Referenzrahmens oder einen TOEFL-Test mit mindestens 100 Punkten (internet-based), 220 Punkten (computer-based), 550 Punkten (paper-based) oder den IELTS-Test mit mindestens sechs Punkten, sofern die Muttersprache beziehungsweise Ausbildungssprache des Bewerbers oder der Bewerberin nicht Englisch ist;
4. bei ausländischen Bewerbern oder Bewerberinnen mit ausländischem Hochschulabschluss ist der Nachweis adäquater Kenntnisse der deutschen Sprache auf dem Niveau TDN 4 von TestDaF zu erbringen.

(2) ¹Die Entscheidung über die Qualifikation nach Abs. 1 trifft die Prüfungskommission unter Berücksichtigung von Art. 63 Abs. 1 und 2 BayHSchG. ²Sie kann im Rahmen des Verfahrens zur Feststellung der Qualifikation die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen konsultieren sowie die Zulassung vom erfolgreichen Ablegen von Zusatzprüfungen abhängig machen. ³Ablehnende Entscheidungen sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(3) ¹Das Studium kann in Ausnahmefällen bereits vor dem Nachweis des überdurchschnittlichen Abschlusses nach Abs. 1 Nr. 1 aufgenommen werden, wenn der Bewerber oder die Bewerberin neben den Nachweisen nach Abs. 1 Nrn. 2, 3 und 4 ein Transcript of Records vorlegt, das Aufschluss über die bisherigen Studien- und Prüfungsleistungen gibt und eine nach ECTS Leistungspunkten gewichtete Durchschnittsnote von „2,3“ oder besser ausweist, wobei alle für den Hochschulabschluss oder den gleichwertigen Abschluss erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen bei Vorlesungsbeginn bereits abgeleistet sein müssen. ²Der Nachweis nach Abs. 1 Nr. 1 ist in diesem Fall spätestens bis zum Ende der zehnten Vorlesungswoche nach Aufnahme des Studiums zu erbringen. ³Über die Aufnahme vor dem Nachweis eines überdurchschnittlichen Abschlusses nach Abs. 1 Nr. 1 entscheidet die Prüfungskommission. ⁴Bei Bewerbern und Bewerberinnen nach Satz 1 ergeht der Bescheid über die Zulassung zum Masterstudium unter Vorbehalt. ⁵Werden die Nachweise nach Abs. 1 Nr. 1 in von dem Bewerber oder der Bewerberin zu vertretender Weise nicht innerhalb der Frist nach Satz 2 erbracht, wird der vorläufige Bescheid über die Zulassung aufgehoben und er oder sie ist aus dem Masterstudiengang zu exmatrikulieren. ⁶Anderenfalls gewährt die Prüfungskommission auf Antrag eine angemessene Nachfrist. ⁷Beträgt die Durchschnittsnote des nachgereichten Nachweises nach Satz 1 nicht „2,3“ oder besser, wird der vorläufige Bescheid über die Zulassung ebenfalls aufgehoben und er oder sie ist aus dem Masterstudiengang zu exmatrikulieren.

§ 4 Dauer und Gliederung des Master-Studiums

(1) Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Prüfungszeit und der Anfertigung der Masterarbeit vier Semester.

(2) Das Studium kann zum Winter- und Sommersemester aufgenommen werden.

(3) ¹Das Masterstudium hat einen Umfang von mindestens 120 ECTS Leistungspunkten, einschließlich 20 ECTS Leistungspunkten für die Masterarbeit. ²Der Umfang der für die Erlangung des Mastergrades erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 100 ECTS Leistungspunkte.

(4) ¹Das Lehrangebot ist in Module untergliedert, denen entsprechend ECTS Leistungspunkte zugeordnet sind. ²Ein Modul im Sinne dieser Prüfungsordnung zeichnet eine einzelne oder einen Verbund von thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmten Lehrveranstaltungen aus. ³Module können sich aus verschiedenen Lehr- und Lernformen (wie z. B. Vorlesungen, Übungen, Praktika u. ä.) zusammensetzen. ⁴Ein Modul kann Inhalte eines einzelnen Semesters oder eines Studienjahres umfassen, sich aber auch über mehrere Semester erstrecken. ⁵Ein Modul besteht aus einer oder mehreren Prüfungsleistungen. ⁶Für die Prüfungsleistungen gelten die Regelungen der §§ 10 und 14. ⁷Nähere Einzelheiten ergeben sich aus den Besonderen Bestimmungen des II. Abschnitts.

(5) Die Prüfungsleistungen sind studienbegleitend zu erbringen.

(6) ¹Der Studiengang unterteilt sich in ein Wahlpflichtprogramm und ein Wahlprogramm. ²Das Wahlpflichtprogramm umfasst die Modulgruppe „Methoden“ und die Modulgruppe „Grundlagen“ sowie ein Seminar oder eine gleichwertige Lehrveranstaltung und die Master-Arbeit. ³Im Wahlpflichtprogramm sind insgesamt 55 ECTS Leistungspunkte zu erwerben; dabei entfallen mindestens 7 ECTS Leistungspunkte auf Seminar- oder vergleichbare Veranstaltungen, 20 ECTS Leistungspunkte auf die Masterarbeit, mindestens 10 auf die Modulgruppe „Methoden“ und mindestens 18 auf die Modulgruppe „Grundlagen“. ⁴Das Wahlprogramm erlaubt eine stärkere fachliche Spezialisierung, in ihm sind 65 ECTS Leistungspunkte zu erwerben, von denen 15 aus Veranstaltungen dieses oder anderer Masterprogramme der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eingebracht werden können, die nicht dem gemäß dieser Ordnung gewählten Studienschwerpunkt zugeordnet sind. ⁵Als Studienschwerpunkt kann gewählt werden: „Accounting, Finance and Taxation“, „International Management and Marketing“ oder „Wirtschaftsinformatik / Information Systems“. ⁶Um einen Studienschwerpunkt erfolgreich zu absolvieren, müssen die Leistung in einem Seminar oder einer gleichwertigen Lehrveranstaltung, die Masterarbeit und die Leistungen in den „Grundlagen“ des Wahlpflichtprogramms und die Leistungen im Wahlprogramm innerhalb des betreffenden Schwerpunktes erbracht werden. ⁷Satz 4 bleibt davon unberührt.

§ 5 Umfang der Masterprüfung

Die Masterprüfung setzt sich zusammen aus:

1. den Prüfungsleistungen der Module gemäß § 4 Abs. 6 und §§ 26 ff.;
2. der Masterarbeit gemäß § 17.

§ 6 Prüfungskommission

(1) ¹Für die Organisation und Durchführung der Prüfungsleistungen wird eine Prüfungskommission eingesetzt. ²Das Zentrale Prüfungssekretariat unterstützt die Prüfungskommission bei der organisatorischen und verwaltungsmäßigen Abwicklung der Prüfungen.

(2) ¹Die Prüfungskommission besteht aus drei prüfungsberechtigten Hochschullehrern oder Hochschullehrerinnen der Universität Passau. ²Der oder die Vorsitzende, der

Stellvertreter oder die Stellvertreterin und das weitere Mitglied werden vom Fakultätsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gewählt.

(3) ¹Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. ²Eine Wiederbestellung ist möglich.

(4) ¹Der Prüfungskommission obliegt die Durchführung des Prüfungsverfahrens, soweit diese Prüfungsordnung dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden nicht bestimmte Aufgaben und Befugnisse zuweist. ²Die Prüfungskommission achtet darauf, dass die Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnung eingehalten werden. ³Sie berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt gegebenenfalls Anregungen zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung.

(5) ¹Die Prüfungskommission ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. ²Sie beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. ³Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. ⁴Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden den Ausschlag.

(6) ¹Der oder die Vorsitzende beruft die Sitzungen der Prüfungskommission ein. ²Er oder sie ist befugt, anstelle der Prüfungskommission unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. ³Hiervon hat er oder sie der Prüfungskommission unverzüglich Kenntnis zu geben. ⁴Darüber hinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, die Prüfungskommission dem oder der Vorsitzenden die Erledigung von einzelnen Aufgaben widerruflich übertragen.

(7) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die der Kandidat oder die Kandidatin in seinen oder ihren Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Dem Kandidaten oder der Kandidatin ist vor ablehnenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. ³Gegen nachteilige Bescheide steht unbeschadet der Möglichkeit zur sofortigen Klageerhebung der Rechtsbehelf des Widerspruchs zur Verfügung; er ist an den Präsidenten oder die Präsidentin der Universität zu richten. ⁴Dieser oder diese erlässt den Widerspruchsbescheid aufgrund der Entscheidung der Prüfungskommission.

§ 7 Prüfer und Prüferinnen, Beisitzer und Beisitzerinnen

(1) Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission bestellt zu Beginn jedes Semesters die Prüfer und Prüferinnen sowie die Beisitzer und Beisitzerinnen.

(2) ¹Zum Prüfer oder zur Prüferin können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz sowie nach der Hochschulprüferverordnung in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Hochschulprüfungen Befugten bestellt werden. ²Zu Beisitzern oder Beisitzerinnen können neben Personen, die selbst die Prüfungsberechtigung nach der Hochschulprüferverordnung besitzen, sachkundige Personen bestellt werden, die selbst eine Abschlussprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule oder nach dem Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule eine Staatsprüfung bestanden haben.

(3) ¹Die Bestellung zu Prüfern oder Prüferinnen wird in geeigneter Form bekannt gegeben. ²Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel des Prüfers oder der Prüferin ist zulässig. ³Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus der Hochschule aus, bleibt dessen Prüfungsberechtigung bis zu zwei Jahren erhalten.

§ 8 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung in der Prüfungskommission sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 20 und 21 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG).

(2) Die Pflicht der Mitglieder der Prüfungskommission, der Prüfer und Prüferinnen, der Prüfungsbeisitzer und Prüfungsbeisitzerinnen und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayH-SchG.

§ 9 Anmeldung und Zulassung zur Masterprüfung

(1) ¹Für jede Prüfungsleistung ist grundsätzlich über das Prüfungssekretariat eine Anmeldung in elektronischer oder ausnahmsweise schriftlicher Form bei dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erforderlich. ²Ohne Anmeldung besteht kein Anspruch auf Erbringung der Prüfungsleistung. ³Die Anmeldung zur ersten Prüfungsleistung gilt gleichzeitig als Antrag auf Zulassung zur Masterprüfung.

(2) Voraussetzungen für die Zulassung sind:

1. die Immatrikulation im Masterstudiengang „Business Administration“ an der Universität Passau;
2. der Bewerber oder die Bewerberin darf diese oder eine gleichartige Prüfung an der Universität Passau oder einer anderen Hochschule nicht bereits endgültig nicht bestanden haben oder unter Verlust des Prüfungsanspruchs im gleichen oder in einem gleichartigen Studiengang exmatrikuliert worden sein.

(3) Dem Antrag auf Zulassung sind gegebenenfalls Nachweise beizufügen, sofern das Vorhandensein der Zulassungsvoraussetzungen der Universität nicht bekannt ist.

(4) ¹Die Entscheidung über die Zulassung trifft der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission. ²Die Zulassung wird versagt, wenn der Kandidat oder die Kandidatin nicht alle der in Abs. 2 aufgezählten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt.

§ 10 Studienleistungen und Prüfungen

(1) Die Studien- und Prüfungsleistungen in den einzelnen Modulen werden studienbegleitend während des Semesters, in dem die jeweilige Lehrveranstaltung besucht wird, oder bis zu Vorlesungsbeginn des folgenden Semesters, erbracht.

(2) ¹Der Erwerb der ECTS Leistungspunkte in den einzelnen Modulen erfolgt durch die erfolgreiche Erbringung der für das Modul vorgesehenen Studien- oder Prüfungsleistungen, für die gleichzeitig Noten nach § 18 vergeben werden. ²Ausnahmen von Satz 1 ergeben sich aus den Regelungen im II. Abschnitt.

(3) ¹Als Prüfungsleistungen können schriftliche und/oder mündliche Leistungen festgelegt werden. ²Schriftliche Leistungen sind neben Klausuren Projektberichte, Seminar- und Hausarbeiten, Protokolle, zeichnerische und gestalterische Entwürfe, erstellte Software, Poster und Arbeitsberichte. ³Mündliche Leistungen sind neben mündlichen

Prüfungen Referate, Präsentationen oder Fachbeiträge. ⁴Bei einer in Form von Gruppenarbeit erbrachten Leistung muss der Beitrag des oder der einzelnen Studierenden deutlich erkennbar und bewertbar sein. ⁵Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 und höchstens 60 Minuten je Kandidat oder Kandidatin. ⁶Sie können als Einzel- oder Gruppenprüfung durchgeführt werden. ⁷Schriftliche Prüfungen dauern mindestens 45 und höchstens 180 Minuten. ⁸Art und Dauer der einzelnen Prüfungsleistungen geht aus der Regelung der §§ 26 und 27 hervor. ⁹Eine mehrfache Berücksichtigung identischer Studien- oder Prüfungsleistungen innerhalb des Masterstudiengangs ist nicht zulässig. ¹⁰Prüfungen werden grundsätzlich in der Sprache abgelegt, in der die Lehrveranstaltungen des betreffenden Moduls gehalten wurden. ¹¹Über Abweichungen entscheidet der Prüfer oder die Prüferin unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes der Studierenden.

§ 11 Punktekontensystem

(1) ¹Jeder Modulleistung werden ECTS Leistungspunkte zugeordnet. ²Diese sind ein Maß für den Arbeitsaufwand, der für die Studierenden mit der Erbringung dieser Modulleistung verbunden ist. ³Die ECTS Leistungspunkte werden dem Leistungspunktekonto des Kandidaten oder der Kandidatin gutgeschrieben, wenn die entsprechende Modulleistung mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet worden ist.

(2) ¹Zu Beginn des Studiums wird für jeden Kandidaten oder jede Kandidatin von der Prüfungskommission ein Leistungspunktekonto eingerichtet. ²Ein elektronisches Leistungspunktekonto ist zulässig.

(3) Auf Anfrage erhält der oder die Studierende Auskunft über den Stand seiner oder ihrer ECTS Leistungspunkte, sofern er oder sie sich nicht selbst mittels elektronischer Abfrage über den Stand seines oder ihres Leistungspunktekontos informieren kann.

(4) Ein Prüfer oder Prüferin darf in das Konto eines oder einer Studierenden nur mit dessen oder deren Zustimmung Einblick nehmen.

§ 12 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) ¹Der Nachweis von in dieser Ordnung vorgesehenen Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen wird in der Regel auch durch entsprechende Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer entsprechenden Fernstudieneinheit oder durch die Teilnahme an Lehrangeboten der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht, es sei denn, dass diese nicht gleichwertig sind. ²Satz 1 findet entsprechend Anwendung auf Studienzeiten und Studien- sowie Prüfungsleistungen, die in einem anderen als dem in dieser Studien- und Prüfungsordnung geregelten Studiengang an der Universität Passau erbracht wurden.

(2) ¹Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer ausländischen Hochschule erbracht wurden, werden in der Regel anerkannt, es sei denn, sie sind nicht gleichwertig. ²Für die Feststellung der Gleichwertigkeit von Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. ³Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission im Einvernehmen mit dem zuständigen

Fachvertreter oder der zuständigen Fachvertreterin. ⁴Bei Zweifel an der Gleichwertigkeit kann die Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen gehört werden.

(3) ¹Ein Antrag auf Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen ist spätestens bei der Meldung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 schriftlich unter Beifügung der entsprechenden Unterlagen an das Zentrale Prüfungssekretariat zu richten.

²Die Entscheidung trifft der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission im Einvernehmen mit den zuständigen Fachvertretern oder Fachvertreterinnen.

(4) ¹Werden Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit erforderlich nach Umrechnung in das Notensystem der Universität Passau – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ²Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

§ 13 Schutzbestimmungen und Fristberechnung

¹Die Schutzbestimmungen der §§ 3, 4, 6 und 8 MuSchG finden auf das Studium entsprechend Anwendung. ²Die darin enthaltenen Schutzfristen sind bei der Berechnung sämtlicher Fristen nach dieser Studien- und Prüfungsordnung zu berücksichtigen. ³Das Gleiche gilt für die Fristen des Gesetzes zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit (Bundeserziehungsgeldgesetz – BErzGG) beziehungsweise des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) in der jeweils geltenden Fassung im Hinblick auf die Regelungen zur Elternzeit.

§ 14 Durchführung der Prüfungen

(1) ¹Prüfungsgegenstand der einzelnen studienbegleitenden Teilprüfungen ist jeweils der Inhalt der zugehörigen Lehrveranstaltungen. ²Die zulässigen Hilfsmittel werden von den jeweiligen Prüfern oder Prüferinnen festgelegt und bekannt gegeben.

(2) ¹Schriftliche Prüfungsleistungen sind von mindestens einem Prüfer oder einer Prüferin zu bewerten; Prüfungsleistungen, die als nicht bestanden bewertet werden sollen, sind von zwei Prüfern oder Prüferinnen zu bewerten. ²In diesem Fall errechnet sich die Note aus dem Durchschnitt der beiden Prüferbewertungen, wobei eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt und alle weiteren Stellen ohne Rundung gestrichen werden. ³Mündliche Prüfungen sind mindestens von einem Prüfer oder einer Prüferin in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers oder einer sachkundigen Beisitzerin abzunehmen.

(3) ¹Für die jeweilige Prüfungsleistung wird vom Prüfer oder der Prüferin eine Note nach § 18 Abs. 1 festgelegt. ²Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission teilt den Kandidaten oder Kandidatinnen das Prüfungsergebnis im Anschluss an die Notenfestsetzung mit, sofern es sich nicht um eine Leistung handelt, über deren Bewertung sich der Kandidat oder die Kandidatin durch die elektronische Abfrage seines oder ihres Leistungspunktekontos selbst informieren kann.

(4) ¹Lautet die Note mindestens „ausreichend“ (4,0), ist die entsprechende Prüfungsleistung erfolgreich erbracht, und der Kandidat oder die Kandidatin erhält die der betreffenden Prüfungsleistung zugeordneten ECTS Leistungspunkte auf seinem oder ihrem Leistungspunktekonto gutgeschrieben. ²Ein Modul ist bestanden, wenn alle zum Modul gehörigen Prüfungsleistungen mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet worden sind.

(5) ¹Die Bewertung schriftlicher Prüfungsleistungen ist schriftlich zu begründen. ²Mündliche Prüfungen sind in ihrem wesentlichen Verlauf zu dokumentieren und ihre Bewertung zu begründen.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Prüfungsmängel

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der oder die Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er oder sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt.

(2) ¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Bei Krankheit des Kandidaten oder der Kandidatin ist ein ärztliches Attest vorzulegen, das grundsätzlich auf einer Untersuchung beruhen muss, die vor dem Tag oder am Tag der geltend gemachten Prüfungsunfähigkeit erfolgt ist. ³Der notwendige Inhalt eines solchen Attestes wird von dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission durch Aushang bekannt gegeben. ⁴In begründeten Zweifelsfällen kann der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission zusätzlich ein amtsärztliches Attest verlangen. ⁵Erkennt er oder sie die Gründe an, sind die ausstehenden Prüfungsleistungen zum nächstmöglichen Termin zu erbringen. ⁶Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) ¹Versucht der Kandidat oder die Kandidatin, das Ergebnis seiner oder ihrer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. ²Ein Kandidat oder eine Kandidatin, der oder die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder der jeweiligen Prüferin oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(4) Die Entscheidung, ob der Kandidat oder die Kandidatin von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen wird, trifft der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission.

(5) ¹Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines Kandidaten oder einer Kandidatin oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einem oder einer bestimmten oder von allen Kandidaten oder Kandidatinnen die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden. ²Die Entscheidung über die Mängelrüge und ihre Konsequenzen fällt die Prüfungskommission.

(6) Mängel des Prüfungsverfahrens oder eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit müssen unverzüglich bei dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission oder beim Prüfer oder bei der Prüferin geltend gemacht werden.

(7) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 5 nicht mehr getroffen werden.

§ 16 Besondere Regelungen für Studierende mit Behinderung

(1) ¹Auf die besondere Lage Studierender mit Behinderung ist zur Wahrung der Chancengleichheit in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen. ²Insbesondere ist Studie-

renden mit Behinderung, wenn die Art der Behinderung es rechtfertigt, eine Verlängerung der Bearbeitungszeit für schriftliche Prüfungsteile um bis zu einem Viertel zu gewähren. ³Macht der oder die Studierende durch ärztliches Attest glaubhaft, dass er oder sie wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die schriftliche Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen.

(2) ¹Prüfungsvergünstigungen gemäß Abs. 1 werden nur auf schriftlichen Antrag gewährt. ²Dem Antrag sind gegebenenfalls geeignete Nachweise beizufügen. ³Über den Antrag entscheidet der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission.

§ 17 Masterarbeit

(1) In der Masterarbeit soll der Kandidat oder die Kandidatin zeigen, dass er oder sie zu wissenschaftlichem Arbeiten in der Lage ist und wissenschaftliche Methoden selbstständig auf eine begrenzte Themenstellung anwenden kann.

(2) Zur Masterarbeit wird zugelassen, wer mindestens 35 ECTS Leistungspunkte im Masterstudiengang erworben hat.

(3) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Masterarbeit ist schriftlich bei dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission einzureichen. ²Im Übrigen gelten für das Zulassungsverfahren § 9 Abs. 3 und 4 entsprechend.

(4) ¹Die Masterarbeit kann mit Zustimmung der Prüfungskommission an einer ausländischen Partnerhochschule der Universität Passau oder an einer inländischen Hochschule, mit der im Rahmen der Master-Programme der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eine Kooperationsvereinbarung besteht, angefertigt und von dieser bewertet werden. ²§ 12 Abs. 1 und 2 finden entsprechend Anwendung.

(5) ¹Die Zulassung zur Masterarbeit und der oder die mit der Themenstellung und Betreuung beauftragte Prüfer oder Prüferin werden dem Kandidaten oder der Kandidatin von dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission schriftlich mitgeteilt. ²Das Thema der Masterarbeit wird von dem Prüfer oder der Prüferin festgelegt. ³Das Thema ist sodann schriftlich an den Prüfungskandidaten oder die Prüfungskandidatin auszugeben. ⁴Der Ausgabebetrag und die genaue Themenstellung sind aktenkundig zu machen.

(6) ¹Die Zeit von der Themenstellung bis zur Ablieferung der Masterarbeit darf vier Monate nicht überschreiten. ²Das Thema der Arbeit muss so beschaffen sein, dass es innerhalb dieser Frist bearbeitet werden kann. ³Das Thema der Masterarbeit kann nur einmal, und nur aus schwerwiegenden Gründen mit Einwilligung des oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission innerhalb eines Monats nach der Zuteilung zurückgegeben werden. ⁴In diesem Fall erhält der Kandidat oder die Kandidatin unverzüglich ein neues Thema. ⁵In begründeten Ausnahmefällen kann der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission auf Antrag des Kandidaten oder der Kandidatin nach Anhörung des Betreuers oder der Betreuerin die Abgabefrist um höchstens vier Wochen verlängern. ⁶Weist der Kandidat oder die Kandidatin durch ärztliches Attest nach, dass er oder sie durch Krankheit an der Bearbeitung verhindert ist, ruht die Bearbeitungsfrist. ⁷Wird die Arbeit nicht fristgerecht abgegeben, so wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(7) ¹Die Masterarbeit ist in deutscher Sprache oder mit Zustimmung des Prüfers oder der Prüferin in englischer Sprache abzufassen. ²Sie enthält am Ende eine Erklärung des Verfassers oder der Verfasserin, dass er oder sie die Arbeit selbst verfasst und keine anderen als die von ihm oder ihr angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(8) ¹Die Masterarbeit soll in der Regel etwa 50 Seiten nicht überschreiten. ²Die Arbeit ist in zwei gebundenen Exemplaren und in elektronischer Form, deren Datenformat und Datenträger von der Prüfungskommission festgelegt wird, fristgemäß bei dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission einzureichen. ³Der Abgabetermin ist aktenkundig zu machen.

(9) ¹Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission reicht die Arbeit an den Prüfer oder die Prüferin weiter ²Wird die Arbeit mit „nicht ausreichend“ bewertet, bestimmt der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission einen weiteren Gutachter oder eine weitere Gutachterin aus dem Kreis der Prüfer oder Prüferinnen nach § 7 Abs. 2. ³Das beziehungsweise die Gutachten sollen spätestens zwei Monate nach Einreichung der Arbeit vorliegen. ⁴Jeder Gutachter oder jede Gutachterin setzt eine der in § 18 Abs. 1 aufgeführten Noten fest. ⁵Bei unterschiedlicher Beurteilung werden die Noten gemittelt. ⁶Bei der Ermittlung wird gemäß § 18 Abs. 2 Satz 3 eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(10) Für eine bestandene Masterarbeit werden 20 ECTS Leistungspunkte vergeben.

(11) ¹Eine Bewertung der Masterarbeit mit „nicht ausreichend“ teilt der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission dem Kandidaten oder der Kandidatin schriftlich mit. ²Die Masterarbeit kann einmal mit neuem Thema wiederholt werden. ³Sie muss spätestens innerhalb von drei Monaten nach dem Bescheid über das Ergebnis erneut angemeldet werden. ⁴Die Rückgabe des Themas ist bei der Wiederholung der Masterarbeit nicht möglich. ⁵Wird die Masterarbeit auch in der Wiederholung nicht bestanden, so ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.

§ 18 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Bewertungen für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern oder Prüferinnen mit folgenden Noten und Prädikaten festgesetzt:

1,0; 1,3	= sehr gut	eine hervorragende Leistung;
1,7; 2,0; 2,3	= gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
2,7; 3,0; 3,3	= befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
3,7; 4,0	= ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
4,3; 4,7; 5,0	= nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(2) ¹Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, wird jede Prüfungsleistung gesondert benotet. ²Die Note des Moduls errechnet sich aus dem nach ECTS Leistungspunkten gewichteten Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungen. ³Bei der Ermittlung wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. ⁴Das einzelne Modul ist bestanden, wenn alle zum Modul gehörigen Prüfungsleistungen mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet wurden. ⁵Die Note lautet:

bei einem Durchschnitt bis	1,5	= sehr gut;
----------------------------	-----	-------------

bei einem Durchschnitt über	1,5 bis 2,5	= gut;
bei einem Durchschnitt über	2,5 bis 3,5	= befriedigend;
bei einem Durchschnitt über	3,5 bis 4,0	= ausreichend;
bei einem Durchschnitt über	4,0	= nicht ausreichend.

(3) ¹Aus den Noten aller Module und der Note der Masterarbeit wird eine Gesamtnote ermittelt, die sich aus dem nach den ECTS Leistungspunkten gewichteten Durchschnitt der Modulnoten berechnet. ²Bei der Ermittlung wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. ³Die Gesamtnote lautet:

bei einem Durchschnitt bis	1,5	= sehr gut;
bei einem Durchschnitt über	1,5 bis 2,5	= gut;
bei einem Durchschnitt über	2,5 bis 3,5	= befriedigend;
bei einem Durchschnitt über	3,5 bis 4,0	= ausreichend;
bei einem Durchschnitt über	4,0	= nicht ausreichend.

§ 19 Nichtbestehen und Wiederholung der Masterprüfung

(1) ¹Die nach § 20 Abs. 1 notwendigen ECTS-Leistungspunkte sollen bis zum Ende des vierten Fachsemesters erworben werden. ²Hat der Kandidat oder die Kandidatin diese ECTS-Leistungspunkte nicht bis zum Ende des fünften Fachsemesters erworben und gegenüber dem Zentralen Prüfungssekretariat nachgewiesen, so gilt die Masterprüfung als erstmals nicht bestanden. ³Im Rahmen der in Satz 2 genannten Frist kann der Versuch zum Erwerb der Leistungspunkte in den einzelnen Modulen mehrfach unternommen werden, soweit dieser nicht erfolgreich war.

(2) ¹Eine nicht bestandene Masterprüfung kann durch Fortsetzung der Versuche, die gemäß § 20 Abs. 1 erforderlichen ECTS-Leistungspunkte zu erwerben, einmal wiederholt werden. ²§ 17 Abs. 11 bleibt hiervon unberührt. ³Die Frist gemäß Abs. 2 Satz 2 verlängert sich für die Wiederholungsprüfung um ein Semester. ⁴Die Wiederholung muss grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten nach Mitteilung über das Nichtbestehen der Prüfung erfolgen. ⁵Dies gilt auch im Fall der Beurlaubung oder Exmatrikulation. ⁶Hat der Kandidat oder die Kandidatin auch nach Ablauf der verlängerten Frist nach Satz 2 nicht die erforderlichen ECTS-Leistungspunkte erworben und gegenüber dem Prüfungsamt nachgewiesen, so gilt die Masterprüfung als endgültig nicht bestanden.

(3) ¹Überschreitet ein Kandidat oder eine Kandidatin die Fristen der Abs. 1 und 2 aus von ihm oder ihr nicht zu vertretenden Gründen, gewährt der Prüfungsausschuss auf Antrag eine angemessene Nachfrist. ²Nach § 12 angerechnete Studienzeiten sind auf die Fristen nach Abs. 1 und 2 anzurechnen.

§ 20 Bestehen der Prüfung und Prüfungsgesamtnote

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Masterarbeit mit mindestens 4,0 benotet und mindestens 120 ECTS Leistungspunkte gemäß § 4 Abs. 6 und § 27 erzielt wurden.

(2) Die Prüfungsgesamtnote errechnet sich nach § 18 Abs. 3.

§ 21 Endgültiges Nichtbestehen der Masterprüfung

Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn

1. mindestens ein Modul endgültig nicht bestanden worden ist und/oder
2. die Masterarbeit endgültig nicht bestanden worden ist.

§ 22 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Täuscht der Kandidat oder die Kandidatin bei einer Prüfung und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann die Prüfungskommission nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat oder die Kandidatin hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Erwirkt der Kandidat oder die Kandidatin die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht, entscheidet die Prüfungskommission unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Dem Kandidaten oder der Kandidatin ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Dem Kandidaten oder der Kandidatin wird nach Bekanntgabe der Bewertung der Prüfungsleistung auf Antrag Einsicht in seine oder ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(2) ¹Art. 29 BayVwVfG gilt entsprechend. ²Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 24 Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement

(1) ¹Über das Bestehen der gewählten Prüfungsmodule und der Masterarbeit ist auf Antrag und gegen Vorlage der Nachweise über die erfolgreiche Ablegung sämtlicher zum Bestehen der Masterprüfung nach § 20 Abs. 1 erforderlicher Prüfungsmodule und der Masterarbeit sowie den Erwerb von mindestens 120 ECTS Leistungspunkten ein Zeugnis auszustellen, das die in den einzelnen Modulen erzielten Noten sowie die Note der Masterarbeit enthält. ²Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.

(2) Bei endgültigem Nichtbestehen der Prüfung wird dem oder der Studierenden auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungs-

leistungen sowie deren Noten enthält und die erkennen lässt, dass die Masterprüfung nicht bestanden ist.

(3) ¹Neben dem Zeugnis wird eine Urkunde ausgehändigt, die die Gesamtnote der Masterprüfung und das Thema der Masterarbeit enthält und die Verleihung des akademischen Grades „Master of Science“ (M.Sc.) gemäß § 2 beurkundet. ²Die Urkunde wird vom Dekan oder der Dekanin der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und von dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission unterzeichnet und mit dem Universitätssiegel versehen. ³Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend. ⁴Mit der Aushändigung der Urkunde erhält der Kandidat oder die Kandidatin die Befugnis, den akademischen Grad zu führen.

(4) ¹Zusätzlich erhält der oder die Studierende ein englischsprachiges Diploma Supplement mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. ²In dieses werden alle absolvierten Module mit ihren Prüfungsleistungen einschließlich der dafür vergebenen ECTS Leistungspunkte und Prüfungsnoten aufgenommen.

§ 25 Zusatzqualifikationen

¹Auf Antrag kann die Prüfungskommission dem Kandidaten oder der Kandidatin gestatten, neben den vorgeschriebenen zusätzliche Prüfungsleistungen in weiteren Modulen zu erbringen. ²Über die erreichten Noten wird ein gesondertes Zeugnis ausgestellt. ³Die Noten werden bei der Festsetzung der Gesamtnote der Masterprüfung nicht mit einbezogen.

II. Abschnitt: Besondere Bestimmungen zu Prüfungsleistungen, Gebieten und Schwerpunkten

§ 26 Studienbegleitende Prüfungen

¹Die Prüfungen zu den einzelnen Lehrveranstaltungen werden studienbegleitend abgenommen. ²Die Form und der Umfang und die für die einzelne Prüfungsleistung zu vergebenden ECTS Leistungspunkte ergeben sich aus dem gemäß § 27 Satz 8 von der Prüfungskommission zu verabschiedenden und ortsüblich bekannt zu machenden Modulkatalog. ³Bei Änderungen im Modulkatalog ist dem Vertrauensschutz der Studierenden Rechnung zu tragen. ⁴Entsprechende Wiederholungsmöglichkeiten sind sicherzustellen.

§ 27 Gebiete

¹Der Studiengang umfasst die Gebiete „Methoden“, „Accounting, Finance and Taxation“, „International Management and Marketing“ und „Wirtschaftsinformatik / Information Systems“. ²Die Gebiete „Accounting, Finance and Taxation“, „International Management and Marketing“ sowie „Wirtschaftsinformatik / Information Systems“ sind jeweils in „Grundlagen“ und „Vertiefungen“ gegliedert. ³Der Kandidat oder die Kandidatin hat aus Lehrveranstaltungen insgesamt mindestens 100 ECTS Leistungspunkte zu erwerben. ⁴Davon sind in Lehrveranstaltungen des Wahlpflichtprogramms insgesamt 35, davon 7 in einem Seminar, mindestens 10 aus dem Gebiet „Methoden“ und mindestens 18 ECTS Leistungspunkte wahlweise aus den „Grundlagen“ der Gebiete „Accounting, Finance and Taxation“, „International Management and Marketing“ oder „Wirtschaftsinformatik / Information Systems“ zu erwerben. ⁵Im Wahlprogramm können bis zu 15 Leistungspunkte aus Lehrveranstaltungen in anderen Masterprogrammen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eingebracht werden. ⁶Zur Schwerpunktbildung sind die Leistung in einem Seminar oder einer gleichwertigen Lehrveranstaltung, die Masterarbeit und die Leistungen in den „Grundlagen“ des Wahlpflichtprogramms und die Leistungen im Wahlprogramm innerhalb des betreffenden Schwerpunktes zu erbringen. ⁷Satz 5 bleibt davon unberührt. ⁸Die zu den einzelnen Gebieten angebotenen Veranstaltungen, die Prüfung sowie deren Form und Umfang und die für die einzelne Prüfungsleistung zu vergebenden ECTS Leistungspunkte ergeben sich aus dem von der Prüfungskommission zu verabschiedenden und ortsüblich bekannt zu machenden Modulkatalog.

§ 28 Gebiet „Methoden“

(1) Die Modulgruppe „Methoden“ umfasst die für die Wirtschaftswissenschaften wichtigen mathematischen Grundlagen, empirische Methoden, Entscheidungstheorie, Methoden des Operations Research und grundlegende Konzepte und Techniken der Wirtschaftsinformatik.

(2) Bei der Erbringung der Prüfungsleistungen werden von den Studierenden vertiefte Kenntnisse erwartet, die erkennen lassen, dass der oder die Studierende das methodische Rüstzeug zum Verständnis des Standes der Forschung im Fach exemplarisch beherrscht und zur Anwendung auf konkrete Problemstellungen in der Lage ist.

§ 29 Gebiet „Accounting, Finance and Taxation“

(1) Das Gebiet „Accounting, Finance and Taxation“ umfasst die Theorie und Empirie der Finanzwirtschaft von Unternehmen und Haushalten, die Theorie und Empirie der rechnerischen Abbildung und Steuerung der Ressourcen und Dispositionen in Unternehmen und Haushalten sowie deren Besteuerung.

(2) Bei der Erbringung der Prüfungsleistungen werden von den Studierenden vertiefte Kenntnisse über die Gegenstände der jeweiligen Veranstaltung und der damit in Zusammenhang stehenden Literatur erwartet.

§ 30 Gebiet „International Management and Marketing“

(1) Das Gebiet „International Management and Marketing“ umfasst die Theorie und Empirie der internationalen, marktorientierten Steuerung, Führung und Organisation von Unternehmen sowie die Theorie und Empirie des Marketings.

(2) Bei der Erbringung der Prüfungsleistungen werden von den Studierenden vertiefte Kenntnisse über die Gegenstände der jeweiligen Veranstaltung und der damit in Zusammenhang stehenden Literatur erwartet.

§ 31 Gebiet „Wirtschaftsinformatik / Information Systems“

(1) Das Gebiet „Wirtschaftsinformatik / Information Systems“ umfasst die Theorie und Empirie sowie Methoden, Modelle und Werkzeuge zur Analyse, Entwicklung, Implementierung und Nutzung von Informationssystemen sowie von Informations- und Kommunikationstechnologien im Anwendungskontext. Das Gebiet ist interdisziplinär ausgerichtet und schließt die sozio-ökonomische Dimension von IT-Anwendungen mit ein.

(2) Bei der Erbringung der Prüfungsleistungen werden von den Studierenden vertiefte Kenntnisse über die Gegenstände der jeweiligen Veranstaltung und der damit in Zusammenhang stehenden Literatur erwartet.

III. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 32 Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Anlage I: Umrechnung von Noten

Noten aus anderen Notensystemen werden nach folgendem Algorithmus in das Notensystem der Universität Passau (siehe § 18) umgerechnet.

Zunächst wird der Wert X arithmetisch genau nach der Formel

$$X = 1 + 3 (N_{\max} - N_d) / (N_{\max} - N_{\min})$$

berechnet, wobei

N_{\max} die beste im anderen Notensystem erzielbare Note,

N_{\min} die schlechteste im anderen Notensystem erzielbare Note, mit der die Prüfung noch bestanden wird, und

N_d die im anderen Notensystem vom Kandidaten erzielte Note

bedeutet.

Als in das Notensystem der Universität Passau umgerechnete Note ergibt sich dann die schlechteste nach § 18 Abs. 1 und 2 vorgesehene Note, die nicht schlechter als X ist.

Anlage II:
Verfahren zur Feststellung der studiengangspezifischen Eignung (Eignungsverfahren)
für den Masterstudiengang „Business Administration“ an der Universität Passau

1. Zweck der Feststellung

Die Qualifikation für den Masterstudiengang „Business Administration“ setzt neben den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 den Nachweis der studiengangspezifischen Eignung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 nach Maßgabe der folgenden Regelungen voraus.

Der Master in Business Administration ist ein postgradualer Studiengang im Fachbereich der Betriebswirtschaftslehre. Dieser Master ist als Weiterentwicklung der Studierenden in Richtung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung mit erhöhtem Fokus auf Theorie und Empirie zu verstehen. Insbesondere für das wissenschaftliche Arbeiten als auch für die Praxis ist die Beherrschung qualitativer und quantitativer Methoden eine wichtige Qualifikation. Offenheit, Engagement und die Beherrschung von Fremdsprachen sind wichtige Eigenschaften und Qualifikationen für Führungskräfte, von denen in der heutigen Gesellschaft auch vermehrt die Übernahme sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung gefordert wird. Diese Qualifikationen werden im Studium gefordert und gefördert. Sie fließen deshalb als Kriterien in die Auswahl der Bewerber ein.

2. Verfahren zur Feststellung der Eignung

2.1 Das Verfahren zur Feststellung der Eignung wird halbjährlich durchgeführt.

2.2 Die Anträge auf Zulassung zum Eignungsverfahren sind für das jeweilige folgende Sommersemester bis zum 15. Januar und für das jeweilige folgende Wintersemester bis zum 30. Juni schriftlich an das Studierendensekretariat zu stellen (Ausschlussfristen).

2.3 Dem Antrag sind beizufügen:

2.3.1 ein Transcript of Records, welches Aufschluss über die bisherigen Studien- und Prüfungsleistungen und das Erreichen von mindestens 140 ECTS Leistungspunkten gibt. Wurden bereits ein Hochschulabschluss oder mehr als 140 ECTS Leistungspunkte erworben, so ist zusätzlich eine Übersicht über die besten Module im Umfang von insgesamt 140 ECTS Leistungspunkten vorzulegen. Die 140 ECTS Leistungspunkte müssen einen wirtschaftswissenschaftlichen Anteil von mindestens 60 ECTS Leistungspunkten aufweisen. Von diesen 60 ECTS Leistungspunkten müssen mindestens zehn ECTS Leistungspunkte im Bereich wirtschaftswissenschaftlicher Methoden erbracht sein. Hierzu gehören Veranstaltungen, die Kenntnisse in Datenerhebung, Datenauswertung, Mathematik, Softwareentwicklung oder Statistik vermitteln. Können rechnerisch nicht genau 140 ECTS Leistungspunkte erreicht werden, ist das beste Modul aus den übrigen Modulen ebenfalls aufzuführen. Sowohl das Transcript of Records als auch die gegebenenfalls beizufügende Übersicht muss den nach ECTS Leistungspunkten gewichteten Notendurchschnitt aus allen jeweils aufgeführten Modulen ausweisen.

Die Kommission zur Feststellung der studiengangspezifischen Eignung gemäß Nr. 3 kann im Einzelfall Ausnahmen von der Vorlagepflicht zulassen.

2.3.2 der Nachweis über adäquate Kenntnisse der englischen Sprache von Bewerbern und Bewerberinnen, deren Muttersprache nicht Englisch ist; dieser erfolgt mit dem Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an einem Sprachtest auf dem Niveau von UNlcert® II oder Stufe B2 des Europäischen Referenzrahmens oder mit einem TOEFL-Test mit mindestens 100 Punkten (internet-based), 220 Punkten (computer-based), 550 Punkten (paper-based) oder einem IELTS-Test mit mindestens sechs Punkten,

2.3.3 bei ausländischen Bewerbern oder Bewerberinnen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, der Nachweis adäquater Kenntnisse der deutschen Sprache auf dem Niveau TDN 4 von TestDaF,

2.3.4 ein tabellarischer Lebenslauf,

2.3.5 Nachweise der besonderen Qualifikation nach den Nrn. 5.2 und 5.3

3. Kommission zur Feststellung der studiengangspezifischen Eignung

Die Feststellung der Eignung wird von einer Kommission durchgeführt, welcher der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission gemäß § 6 sowie der Stellvertreter oder die Stellvertreterin angehören.

4. Zulassung zum Eignungsverfahren

4.1 Die Zulassung zum Eignungsverfahren setzt voraus, dass die in Nr. 2.3 genannten Unterlagen fristgerecht und vollständig vorliegen.

4.2 Bewerber oder Bewerberinnen, die die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, nehmen am Eignungsverfahren teil.

4.3 Bewerber oder Bewerberinnen, die nicht zugelassen werden, erhalten einen mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid.

5. Durchführung des Eignungsverfahrens

¹Die eingereichten Unterlagen gemäß Nrn. 2.3.1 und 2.3.5 werden von einem Prüfer oder einer Prüferin aus dem Kreis der prüfungsberechtigten Mitglieder der Universität Passau anhand der folgenden Kriterien beurteilt.

5.1 – Notendurchschnitt des Transcript of Records bzw. der Übersicht über die besten Module nach Nr. 2.3.1:

Durchschnittsnote von 2,3	9 Punkte
Durchschnittsnote von 2,0 bis 2,2	11 Punkte
Durchschnittsnote von 1,7 bis 1,9	13 Punkte
Durchschnittsnote von 1,3 bis 1,6	15 Punkte

An ausländischen Hochschulen erworbene Noten werden gemäß Anlage I umgerechnet.

5.2 – Sprachen und Internationalität (jeweils 4 Punkte, insgesamt max. 8 Punkte):

- Weitere Fremdsprachen (Spanisch oder Französisch ab dem Niveau Stufe B2 des Europäischen Referenzrahmens, andere Sprachen ab einer nachgewiesenen Teilnahme an Sprachkursen in Höhe von insgesamt 300 Stunden).
- ein mindestens dreimonatiger Studienaufenthalt im Ausland oder ein mindestens dreimonatiges Auslandspraktikum.

5.3 – Auszeichnungen und besonderes Engagement (jeweils 1 Punkt, insgesamt max. 5 Punkte):

- Auszeichnungen oder Preise, bspw. Auszeichnungen für besondere Leistungen während der Schul- und Studienzeit, Preise von wissenschaftlichen Organisationen oder Fachgremien
- Förderung durch ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung anerkanntes deutsches Begabtenförderungswerk oder durch ein ausländisches Begabtenförderungswerk, das diesem gleichsteht
- gesellschaftliches Engagement (Hochschulgruppen, Politik)
- soziales Engagement (karitativer/ pflegender Bereich)
- Inlandspraktika und praktische Berufserfahrung.

²Der Prüfer oder die Prüferin wird von der Kommission bestellt. ³Die zu vergebenden Punkte werden addiert. ⁴Es können insgesamt maximal 30 Punkte erreicht werden.

⁵Das Eignungsverfahren ist bestanden, wenn mindestens elf Punkte erreicht wurden.

6. Niederschrift

Über den Ablauf des Eignungsverfahrens ist eine Niederschrift anzufertigen, aus der Tag und Ort der Feststellung, die Namen der Bewerberinnen und Bewerber sowie das Gesamtergebnis und die Beurteilungen der Prüfenden einschließlich ihrer wesentlichen Entscheidungsgrundlagen ersichtlich sein müssen.

7. Bekanntgabe des Ergebnisses

¹Das Ergebnis des Eignungsverfahrens wird dem Bewerber oder der Bewerberin schriftlich mitgeteilt. ²Ablehnende Bescheide sind mit einer Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

8. Wiederholung

¹Bewerber oder Bewerberinnen, die den Nachweis der Eignung für den Masterstudienang „Business Administration“ nicht erbracht haben, können sich zum nächstmöglichen Termin erneut zum Eignungsverfahren anmelden. ²In begründeten Ausnahmefällen kann die Kommission eine Anmeldung zu einem späteren Termin gestatten. ³Eine weitere Wiederholung ist nicht möglich.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Universität Passau vom 25. Juni 2008 und der Genehmigung durch den Präsidenten der Universität Passau vom 5. August 2008, Az HA2.I-10.3930/2008.

Passau, den 6. August 2008

UNIVERSITÄT PASSAU
Der Präsident

Prof. Dr. Walter Schweitzer

Die Satzung wurde am 6. August 2008 in der Hochschule niedergelegt; die Niederlegung wurde am 6. August 2008 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gegeben.

Tag der Bekanntmachung ist der 6. August 2008.